



Grünes Bündnis  
 Stadt Bern  
 Postfach 6411  
 Neubrückestrasse 17  
 3001 Bern  
 Tel. 031 301 82 09  
 Fax 031 302 88 78  
 info@gbbern.ch  
 www.gbbern.ch  
 PC 30-37923-6

# gb.links

- **Volksvorschlag «Steuersenkung mit Augenmass»**
- **Städte gegen Rassismus**
- **Halbzeit bei der Palästina-Petition**



Franziska Teuscher am GB-Jubiläum vom 8. Juni.

## Ökologische Wirtschaftsreform

### Mit Kyoto allein stoppen wir den Klimawandel nicht!

Gstaad, Wengen, Grindelwald oder Adelboden sind weltbekannte Berner Ferienorte. Sie investieren jedes Jahr viel Geld, damit Menschen aus weit entfernten Ländern bei ihnen die Ferien verbringen. Wenn die Gletscher schmelzen, der Permafrost abtaut, die Böden ihre Stabilität verlieren, wird es in den Bergen gefährlich. Das Risiko von Erdbeben, Steinschlag und Felssturz steigt. Darunter könnte der gute Ruf der Schweiz als attraktives Berg- und Ferienland leiden.

#### Verheerende Auswirkungen des Klimawandels

Der Klimawandel ist real. Er betrifft auch unser Land. Im schlimmsten Fall wird es bis im Jahr 2100 im Durchschnitt 6,4 Grad wärmer auf der Erde. Selbst wenn alle CO<sub>2</sub>-Emissionen sofort gestoppt würden, stiege die Temperatur um weitere 0,6 Grad an – weil das Klimasystem mit Verzögerung reagiert. Sauberes Trinkwasser wird wegen der Klimaerwärmung für Millionen von Menschen zur Mangelware. Dabei haben bereits heute 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die Verschlechterung der Umweltbedingungen, aber auch der steigende Meeresspiegel wird zu grossen Flüchtlingsströmen führen. Die United Nations University geht davon aus, dass in den kommenden 5 Jahren 50 Millionen Menschen wegen Umweltveränderungen auf der Flucht sein werden.

In der japanischen Stadt Kyoto haben sich die Industrienationen vor einigen Jahren auf gemeinsame CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele verständigt. Es ist jedoch ein Trugschluss zu glauben, mit dem Kyoto-Protokoll allein lasse sich der Klimawandel aufhalten. Dazu steigen die Emissionen vor allem in den grossen Schwellenländern China und Indien sowie in den USA zu rasant an. Man weiss zudem schon heute, dass die Schweiz die in Kyoto eingegangene

Reduktionsverpflichtung nicht erreichen wird.

#### Die Zeit drängt – handeln wir jetzt!

Der jüngste UNO-Klimabericht kommt zum Schluss, dass die Menschheit noch acht Jahre Zeit hat, das Schlimmste abzuwenden. Dafür müssen wir auch in der Schweiz im Bereich Energie- und Umweltpolitik einen Zucken zulegen. Die Grünen wollen mit der Klimaschutz-Initiative einen gangbaren Weg aufzeigen. Die Initiative verlangt, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis zum Jahre 2020 um 30 Prozent reduziert wird. Dieses Ziel ist eine realistische Grösse. Gegen 45 Prozent des gesamtschweizerischen Endenergieverbrauchs werden vom Gebäudebereich beansprucht. Mit mehr Effizienz ist hier viel Energie einzusparen.

prognostiziert der deutschen Wirtschaft sogar ein grünes Wunder: Im Deutschland des Jahres 2020 würden Geschäfte mit nachwachsenden Rohstoffen, effizienten Geräten und erneuerbaren Energien das Wachstum fördern. Die Schweiz muss aufpassen, dass sie diese Chance für die Zukunft nicht verschläft. Wir brauchen jetzt sofort grosszügige Fördersysteme, neue Verbrauchervorschriften und Anreizsysteme. Die KonsumentInnen entscheiden sich oft für das billigste Produkt. Der Erfolg grüner Produkte hängt davon ab, ob es uns gelingt, die Bevölkerung zum Umdenken zu bewegen. Das wäre nachhaltige Wirtschaftspolitik.

Franziska Teuscher, Nationalrätin Grüne

**Klimaschutz-Initiative jetzt unterschreiben!** Initiativbogen herunterladen ([www.gbbern.ch](http://www.gbbern.ch)) oder auf dem Sekretariat bestellen (vgl. untenstehender Talon), unterschreiben und zurückschicken. Besten Dank!

Sämtliche Bilder dieser gb.links-Ausgabe wurden am Jubiläumsfest aufgenommen. Weitere unter [www.gbbern.ch](http://www.gbbern.ch)

#### AZB 3000 Bern 1

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern  
 An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

## gb.links

● Sa, 7.7., ab 16.15 Uhr, Bundesplatz Bern. Festival von AllianceSud im Rahmen der Kampagne «**0,7% – Gemeinsam gegen Armut**». Weitere Informationen zum Programm und zur Kampagne unter [www.gemeinsamgegenarmut.ch](http://www.gemeinsamgegenarmut.ch)

● Sa, 7.7. und Sa/So, 11./12.8. **Moorschutz-Jubiläumsexkursionen**. 20 Jahre nach Annahme des Moorschutzartikels in der

Verfassung vermitteln die Exkursionen Einblicke in die bedrohte Moorlandschaft und das Gletschervorfeld am Grimselsee/Unteraar. Infos und Anmeldung bei [wwf-be@bluewin.ch](mailto:wwf-be@bluewin.ch) oder 031 312 15 79.

● Do, 30.8., 16.30 Uhr, Institut für Bildungsmedien PH Bern. **2. Berner Klimagipfel**. Org. Junge Grüne und Grüne Kanton Bern. Weitere Infos siehe Beilage.

● Sa, 8.9., Restaurant Mappamondo, Bern. **2. Landsgemeinde der ImmigrantInnen**. Mehr Infos unter [www.ohneuns.ch](http://www.ohneuns.ch)

● Sa, 15.9. **10 Jahre Mädchentreff PUNKT 12 Bern**. Zukunftswerkstatt (AKI, Alpeneggstrasse 5) und Jubiläumfest (Frauenraum Reitschule). Mehr Infos beim Mädchentreff Bern: [www.punkt12.ch](http://www.punkt12.ch)

## gb.tipp



## Alternativer 1. August Bio-Bauern-Brunch in Bern

Mittwoch, 1. August, 10–14 Uhr, Bärenplatz Bern

Der Bauernhof kommt mitten in die Stadt! Von 10 bis 14 Uhr darf das Landleben auf dem Bärenplatz genossen werden. Ein feiner Bio-Brunch wird den städtischen Gaumen verwöhnen.

Dazu wird das Trio «Anthrazit» das Ganze mit lyrischem Chanson-Jazz musikalisch untermalen und ein stimmungsvolles Musikerlebnis vermitteln.

Auch für die Kinder wird es eine Überraschung geben. Kommt also alle zahlreich zu diesem gemütlichen Anlass!

Organisiert von den Grünen Kanton Bern – [www.gruenebern.ch](http://www.gruenebern.ch)

#### Talon

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Adresse: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_  
 e-mail: \_\_\_\_\_

Ich bestelle \_\_\_ Expl. Unterschriftenbogen **Volksvorschlag «Steuersenkung mit Augenmass»**.

Ich bestelle \_\_\_ Expl. Unterschriftenbogen **«Klimaschutz-Initiative»**.

Ich möchte **Mitglied** werden beim **Grünen Bündnis**.

Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis**. Nehmt mit mir Kontakt auf.

#### Impressum

Redaktionsschluss gb.links 4/2007: 30. August.  
 Redaktion: Reto Moosmann, Karin Jenni, Natalie Imboden.  
 Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

## gb.bewegt

**Frauenpolitik**  
 Montag, 17. September, 19 Uhr, GB-Sekretariat  
**Ökologie**  
 Dienstag, 21. August, 19 Uhr, GB-Sekretariat

**Internationales und Migration**  
 Kontakt: Martin Wälchli, [internationales-migration@gbbern.ch](mailto:internationales-migration@gbbern.ch)  
**Bildung (kantonale AG)**  
 Kontakt: Corinne Schärer, [corinne.schaerer@vpodbern.ch](mailto:corinne.schaerer@vpodbern.ch)

**Nationale Politik**  
 Kontakt: Hasim Sancar, [sancars@bluewin.ch](mailto:sancars@bluewin.ch)  
**Leitender Ausschuss**  
 Dienstag, 14. August, 18.30 Uhr (InteressentInnen bitte auf GB-Sekretariat melden)

# «Städte-Koalition gegen Rassismus»



Catherine Weber und Hasim Sancar.



Rassismus und Diskriminierung haben in den letzten Jahren in Europa besorgniserregend zugenommen, auch in der Schweiz. Der UNO-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, Doudou Diène, hat im Rahmen seines offiziellen Besuchs in der Schweiz festgestellt, dass es hier sehr wohl ein Problem des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit gebe, eine klare Gegenstrategie hingegen fehle. Die Verharmlosung von Rassismus in der Politik sei besonders bedenklich.

Obwohl die eidgenössische Verfassung und das Strafrecht rassistische Diskriminierungen verbieten, kommt es immer öfter vor, dass Berner Bars, Nachtclubs und Discos Personen auf Grund ihrer Herkunft, Nationalität, Hautfarbe, Aufenthaltsbewilligung oder mit anderen willkürlichen Argumenten den Zutritt verweigern. Diskriminierungen gibt es auch bei Bewerbungsverfahren und Stellenvergaben und nicht selten kommen auch in Zeugenaufrufen der Polizei rassistische Bezeichnungen vor (z.B. «Balkantyp»).

Im März 2004 lancierte die UNESCO die internationale Koalition der Städte gegen Rassismus ([www.unesco.org/shs/citiesagainstracism](http://www.unesco.org/shs/citiesagainstracism)). Damit soll ein weltweites Netzwerk von Städten aufgebaut werden, die sich in vielfältiger Art entschieden und kontinuierlich gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Das Projekt ist in Welt-Teile gegliedert, die europäische Koalition wird von der Stadt Nürnberg koordiniert. Mittlerweile besteht das Netzwerk aus über 50 Städten. Barcelona, London, Paris, Lyon, Stockholm und auch Genf, Lausanne sowie Winterthur sind der Koalition bereits beigetreten.

Am 17. August 2006 hat die Fraktion GB/JA! im Stadtrat zwei Vorstösse eingereicht. Mit einer Interpellation kritisiert das GB Diskriminierungen in den Berner Gastro-Betrieben und fordert den Gemeinderat zum Handeln auf. Den Vorschlag, eine Konferenz mit LokalbetreiberInnen und Fachstellen wie gggnf zu organisieren, hat der Gemeinderat entgegen genommen, er ist bereit, eine Konferenz zu organisieren.

Mit einem Postulat verlangt das GB den Beitritt der Stadt Bern zum UNESCO-Projekt «Städte-Koalition gegen Rassismus». Als vorbeugende Massnahme gegen Diskriminierung hat der Gemeinderat das Projekt unterstützt. Es sei ein Beitrag zur Achtung der Menschenrechte im konkreten Alltag des Zusammenlebens.

Die Mitwirkung im Projekt verlangt ein zweistufiges Verfahren. Zuerst wird die Absichtserklärung «Declaration of Intent»,

dann die Beitritts- und Verpflichtungserklärung «Act of Accession and Commitment» unterzeichnet. Damit wird der 10 Punkte-Aktionsplan verbindlich:

1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus;
2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Massnahmen;
3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung;
4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die BürgerInnen;
5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen;
6. Als Arbeitgeberin und Dienstleistungserbringerin fördert die Stadt Gleichberechtigung und Chancengleichheit;
7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt;
8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung;
9. Förderung der kulturellen Vielfalt;
10. Massnahmen gegen rassistische Gewalttaten sowie Konfliktmanagement.

Auf internationaler Ebene ratifizieren die Staaten Konventionen und entwickeln Umsetzungspläne. Auf lokaler Ebene aber ist konkretes Handeln unabdingbar, insbesondere in den Städten, wo alltäglicher Rassismus stattfindet, wo Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierungen den Alltag vieler zugewanderter Menschen teils massiv beeinträchtigen oder gar bedrohen.

Erster wichtiger Schritt: Die Stadtverwaltung soll Bewerbungen anonymisiert durchführen und Mitarbeitende mit Migrationshintergrund aktiv fördern. Zwei GB-Vorstösse fanden am 24. Mai im Stadtrat eine Mehrheit.

Catherine Weber, Alt-Stadträtin GB  
Hasim Sancar, Stadtrat GB



Steuergerechtigkeit ...  
... ist in aller Munde, seit das Bundesgericht degressive

Steuertarife als verfassungswidrig beurteilt hat. Zweifelsohne: Das Urteil ist ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Steuergerechtigkeit. Doch auch ohne degressive Tarife ist noch viel Steuer-Ungerechtigkeit möglich. So wird der unsoziale Steuerwettbewerb mit dem vom Kanton Obwalden nach dem Bundesgerichtsurteil angekündigten linearen Steuertarif in unverminderter Härte weitergeführt.

Unsoziale Steuergeschenke hat auch der Berner Grosse Rat beschlossen. Mit unserem Konstruktiven Referendum (Volksvorschlag) «Steuersenkung mit Augenmass» können wir zwei der ungerechtesten Aspekte der Gesetzesrevision korrigieren: Die massive Entlastung der Spitzenverdiener bei der Einkommenssteuer und die unverhältnismässige Absenkung der Vermögenssteuer. Nicht verhindern können wir die Einführung von Teilbesteuerungsverfahren für Aktienbesitzer; hierzu ist ein Erfolg beim nationalen Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform nötig.

Um dem unseligen Steuerwettbewerb wirksam entgegenzutreten zu können, brauchen wir politische Erfolge an der Urne. Sowohl mit dem kantonalen Volksvorschlag als auch mit dem Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform haben wir dafür beste Chancen. Deshalb: Wer die Vorlagen noch nicht unterschrieben hat, soll dies bitte nachholen und die Bogen sofort zurückschicken (Unterschriftenbogen: [www.gbbern.ch](http://www.gbbern.ch)). Vielen Dank!

Blaise Kropf,  
Co-Präsident Grüne Kanton Bern



gb.jubiläumsfest

[www.palaestina-petition.ch](http://www.palaestina-petition.ch)

## Halbzeit bei der Palästina-Petition

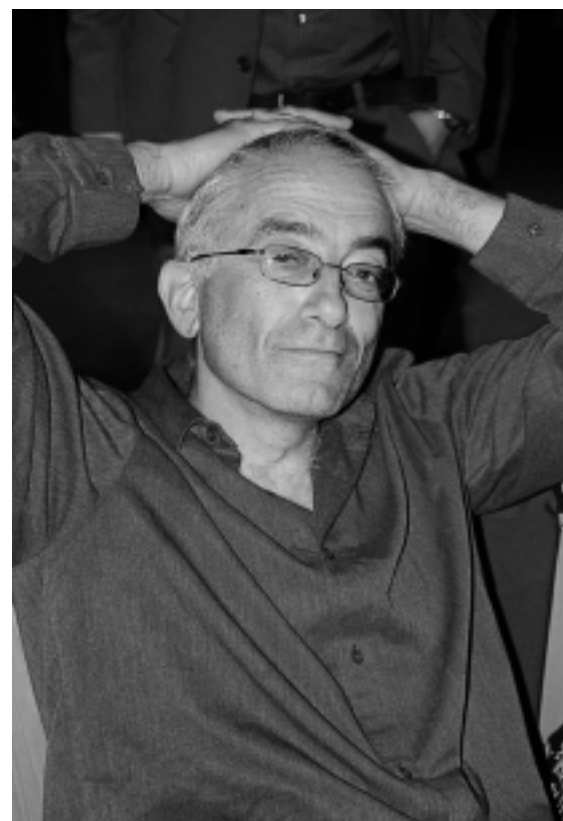


Seit einem halben Jahr sammeln wir Unterschriften für eine Petition, deren erste und wichtigste Forderung die öffentliche Anerkennung des Unrechts ist, welches die Schweiz – und mit ihr ganz Europa und die USA – seit dem Ende des 2. Weltkrieges der palästinensischen Gesellschaft zumutet.

Die Petition startete am 29. November 2006, dem Internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk, mit einem Inserat der 200 Erstunterzeichnenden. Die Petition fordert, dass der Bundesrat einsteht für

- die Wiedergutmachung des Unrechts, das dem palästinensischen Volk zugefügt wurde;
- Sanktionen gegen Israel, bis dieses die UN-Resolutionen erfüllt;
- die internationale Anerkennung der gewählten palästinensischen Behörden.

Europa muss zu einer neuen Haltung im Nahostkonflikt finden: Seit Jahrzehnten schauen wir weg oder sehen durch die Finger, wenn Israel Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen begeht. Mit seiner Besatzungs- und Siedlungspolitik zerstört Israel vollends die Existenzgrundlagen des palästinensischen Volkes. Doch vergangenes Unrecht, von den Juden und Jüdinnen in Europa erlitten, kann nicht dadurch gut gemacht werden, dass wir EuropäerInnen nun neues Unrecht schaffen oder zulassen, indem wir den von uns einst Verfolgten in blinder Parteinahme ein ungeschriebenes Recht auf völkerrechts- und menschenrechtswidrige Praktiken ein-



Erfahrungen künftig überwunden werden können, muss die europäische Politik das begangene Unrecht öffentlich anerkennen. Denn die bisherige Politik bietet auch für die israelische Bevölkerung keine Zukunft. Deshalb fordert die Petition nicht nur die Anerkennung dieses Unrechts, sondern fordert vom Bundesrat, sich in der UNO für Sanktionen gegen Israel, die Beendigung des Boykotts der gewählten palästinensischen Behörden und für die Schaffung eines palästinensischen Staates auf einer sozial und ökonomisch lebensfähigen Basis einzusetzen. Ein palästinensischer Staat ist die völkerrechtliche Voraussetzung, dass die Konfliktparteien überhaupt Verträge miteinander schliessen können. Diesen Staat betrachten viele Betroffene und AktivistInnen als Übergangslösung zu einem Staat mit gleichen Rechten und Pflichten für alle BewohnerInnen zwischen Mittelmeer und Jordan.

räumen. Auch die UNO betreibt in dieser Sache de facto eine Politik, in der sie ihre eigenen Regeln, aufgrund des Vetorechts einer Supermacht, höchst selektiv umsetzt: Was den USA nicht passt, ist vom Tisch.

Seit der Gründung Israels wurden die Interessen der palästinensischen Bevölkerung ständig missachtet. Gewalt und Unterdrückung, welche diesem Volk zugefügt wurden, stellen auch für arabische und muslimische Bevölkerungen eine unerträgliche Kränkung dar. Damit diese negativen

Wer die Petition unterschreiben will, kann dies auf [www.palaestina-petition.ch](http://www.palaestina-petition.ch) online tun. Die Petition wird am 29. November, dem Internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk, dem Bundesrat in geeigneter Form übergeben.

Ron Ganzfried  
Gesellschaft Schweiz-Palästina

gb.stadtrat

### Neue Gesichter im Stadtrat

Stéphanie Penher wird GB-Stadträtin, da Myriam Duc aus beruflichen Gründen aus dem Rat zurücktritt.



**Myriam Duc** hat sich seit 2005 in der Bildungspolitik stark engagiert. Die Förderung des Breitensports und die Bekämpfung von Diskriminierungen, z. B. von Lesben und Schwulen, waren weitere Schwerpunkte. Herzlichen Dank für den Einsatz!



**Stéphanie Penher** verstärkt die GB-Verkehrs- und Umweltpolitik. Die Aktivistin der GB-Arbeitsgruppe Ökologie war für den VCS im Bereich Schulwegsicherheit aktiv. Sie arbeitet als Jugendverantwortliche bei der Mediengewerkschaft comedia.

Bei der Jungen Alternative JA! rutscht **Lea Bill** für **Simon Röthlisberger** nach. Stéphanie und Lea wünschen wir einen guten Start!